Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 136 (1958)

Artikel: Basel zu Beginn des ersten Weltkrieges : 1914 und 1915 : Aufgaben und Sorgen einer Grenzstadt

Autor: Wild, Paul

Kapitel: II.: Neue Umstellungen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006908

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vielleicht betrachteten aber unsere Behörden die Einbürgerungsfrage zu sehr aus dem engen Blickwinkel rein lokaler Interessen und zogen den weit wichtigeren Umstand zu wenig in Betracht, dass die starke Überfremdung der Schweiz, vorab der grossen Städte, sich durch den Krieg zu einem eminent nationalpolitischen Problem auswuchs. Als die deutsche Propaganda uns einreden wollte, wir gehörten kraft unserer Muttersprache zum Kulturkreis des nördlichen Nachbars, wurde es immer mehr als schwerer Fehler empfunden, dass durch die engherzige Einbürgerungspolitik der Vorkriegszeit die bei uns geborenen und aufgewachsenen Ausländer nicht rechtzeitig assimiliert worden waren. Wenn insbesondere der «Vorwärts» eine grosszügige Aufnahme der Ausländer propagierte, weil sie das politische Mitspracherecht als Gegenleistung für ihren Steuerbeitrag beanspruchen dürften, so entsprang dies freilich parteipolitischen Erwägungen, da sich die Sozialdemokraten von der Vermehrung der Neubürger auch eine Verstärkung ihrer Stimmkraft versprachen.

II. Neue Umstellungen

1. Staatshaushalt, Gesetzgebung und Verwaltung

Das von der Regierung sehr vorsichtig ausgearbeitete Budget für 1915 sah bei fast 21 Millionen Ausgaben (davon rund 10 Millionen für Löhne und 4 Millionen für den Schuldendienst) und etwas mehr als 18 Millionen Einnahmen (der Minderertrag der Steuern war auf 750000 Franken geschätzt) ein Defizit von annähernd 3 Millionen vor. Deshalb schlug sie Steuerzuschläge von 20% vor, und zwar vorsorglich auch schon für 1916, um auf weitere Sicht disponieren zu können; immerhin sollten sie wegfallen, wenn der kantonale Anteil an der projektierten eidgenössischen Kriegssteuer erheblich ausfiele. Ausser der Sanität, die durch das neue Krankenkassengesetz stark belastet war, und dem Innern, welches für die Kriegsunterstützungen aufzukommen hatte, wiesen alle Verwaltungszweige so grosse Einsparungen auf, dass die Rechnungskommission nicht mehr weitergehen konnte. Wegen der wachsenden Teuerung wurde immer noch kein Lohnabbau vorgesehen. Während aus demselben Grund die Regierung eine leichte Degression der Steuerzuschläge für die niederen Einkommen und Vermögen beantragte, hielt der Grosse Rat, der im März das Budget annahm, an der linearen Richtschnur von 20% fest. In der Frage der Schaffung neuer Einnahmen klafften in den Behörden wie im Volk die Ansichten auseinander; während die einen das fehlende Geld durch langfristige Anleihen aufbringen

wollten, traten andere für die baldige Erhöhung der Steuern ein, weil die Rückkehr zur Friedenswirtschaft immer ungewisser wurde. Beträchtliche Nachtragskredite (erhöhte Beiträge an die Kliniken und das Bürgerspital, an das Quartieramt und an die Lebensmittelfürsorge, sowie die Beteiligung an der neuen Sodafabrik in Zurzach) konnten dank befriedigenden Einnahmen verantwortet werden, und die Staatsrechnung für 1915 wies nur ein Defizit von 2 Millionen auf. Da jedoch der Passivsaldo des Vermögens auf gegen 30 Millionen und das Total der Anleihen auf über 100 Millionen anstiegen, mahnte die Budgetbotschaft für 1916 den Grossen Rat zum Aufsehen; die Regierung erklärte, an der gesetzlichen Entlöhnung des Personals und der Mobilisierten nur dann festhalten zu können, wenn die Steuerzuschläge trotz der Kriegssteuer erhoben und die Bauvorhaben weiter beschnitten würden, und warnte vor der Zerrüttung des Staatshaushalts, falls die chronischen Fehlbeträge (für 1916 rechnete das Budget mit dem Rekorddefizit von 4 Millionen) nicht vermieden würden. Es war nur ein geringer Trost, wenn der «Vorwärts», um Einsparungen an den sozialen Institutionen vorzubeugen, die Rendite der Kantonalbank und der öffentlichen Betriebe als genügende Deckung der Schulden darstellte. Unser Stadtstaat trat tatsächlich mit erheblich geschwächten Finanzen in das dritte Kriegsjahr hinüber.

Während der Kriegsausbruch die legislative Tätigkeit fast ganz unterbunden hatte (1914 war nur noch das Gesetz über den Arbeiterinnenschutz sowie das Polizeistrafgesetz durch die Androhung von Bussen für den Verkauf von Waffen, Munition und Pulver an Schulpflichtige ergänzt worden), wandte sich der Grosse Rat 1915 wieder seiner eigentlichen Aufgabe zu. Im Januar genehmigte er das Gesetz über die Organisation der Militärdirektion, wodurch nach den bei der Mobilmachung gemachten Erfahrungen die Befugnisse des Kreiskommandanten, des Zeughausverwalters und des Quartieramtes neu abgesteckt wurden. Im Sommer hob er nach langen Auseinandersetzungen die öffentlichen Ehrenfolgen für Konkursiten und Ausgepfändete auf, obschon die Geschäftswelt bei der unsicheren Wirtschaftslage grosse Bedenken zu überwinden hatte. Dagegen wurden mehrere andere Vorlagen noch nicht spruchreif: ein Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das die Kontrolle der Ausverkäufe verschärfen sollte, das Kinematographengesetz, welches sowohl den Schutz der Jugendlichen als auch genügende feuerpolizeiliche Sicherungen bezweckte, und die Revision des Strafgesetzes – der letzte Entwurf des verstorbenen Regierungsrats Burckhardt-Schazmann –, in das verminderte Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten als mildernder Umstand eingeführt wurde. Da gegen keinen Beschluss des Grossen Rates das Referendum ergriffen wurde, beschränkten sich die Urnengänge des Bürgers

auf die Bürgerratswahlen, auf das Plebiszit über die eidgenössische Kriegssteuer und über eine Initiative der Bürgerpartei für die Reduktion des Grossen Rates auf 100 Mitglieder.

In unserem kleinen Stadtstaat oblagen die meisten öffentlichen Befugnisse den kantonalen Behörden, so dass der Bürgergemeinde nur relativ bescheidene Reservate der Administration verblieben. Der vom Weiteren gewählte Engere Bürgerrat amtete als eine Art Verwaltungsausschuss, und zwar nach Ansicht mancher Neubürger in etwas zu altväterischer Weise. Deshalb sollte ein neues Gemeindegesetz eine breitere Grundlage schaffen. Der Grosse Rat stimmte der Vorlage zu, soweit sie dem Weiteren Bürgerrat eine bessere Vertretung in den Kommissionen des Bürgerspitals, des Waisenhauses und des Armenamts gewährte und das Referendum für die Beschlüsse einführte; dagegen lehnte er die Volkswahl des Engeren Bürgerrats ab, weil er die Verpolitisierung dieser Instanz zu verhüten suchte; auch wollte man die wohlhabenden Kreise, die, wenigstens früher, die bürgerlichen Institutionen mit Vergabungen bedachten, nicht unnötig vor den Kopf stossen. So bestimmte das in erster Lesung im März 1916 genehmigte Gesetz, dass die Verwaltung der 3 Anstalten unter der Oberaufsicht des Engeren Bürgerrats den Kommissionen vorbehalten blieb. Damit war dem doktrinären Bestreben vieler Radikaler und der Sozialdemokraten, die bürgerliche Autonomie der Verstaatlichung zu opfern, die Spitze abgebrochen.

Die gespannte finanzielle Lage des Bürgerspitals, das faktisch allen Einwohnern, also nicht nur den Bürgern, offenstand und ausserdem der Universität als Ausbildungsstätte zu dienen hatte, nötigte den Staat, seine Beiträge an die Kliniken auf 100000 Franken zu erhöhen. Ausserdem ratifizierte der Grosse Rat den Ankauf des Areals der äusseren Schützenmatte für 2,3 Millionen, um diese ihrer bisherigen Bestimmung als «Festwiese» zu erhalten. (Dieser Plan wurde später allerdings nicht eingehalten, sondern der vordere Teil zwischen der Neubad- und der Militärstrasse wurde in Sportplätze aufgeteilt, und der hintere zwischen dem Berner Ring und der Neuweilerstrasse wurde überbaut.) Durch diese Massnahmen sollte das Bürgerspital in die Lage versetzt werden, auf die Zuschüsse der Christoph Merian-Stiftung verzichten zu können; anderseits musste die Einwohnergemeinde die Defizite des Waisenhauses und des Armenamts nicht mehr decken, so dass sie ihren 40%igen Anteil an den Erträgnissen der Stiftung für die Tilgung der Bauschuld der Mittleren Rheinbrücke und für die Allgemeine Armenpflege reservieren konnte.

Bei der Abstimmung über die eidgenössische Kriegssteuer hatte sich der Souverän auch über eine einzige kantonale Vorlage auszusprechen, nämlich über die Initiative der Bürgerpartei, die Mitgliederzahl des Grossen Rats

auf 100 zu reduzieren. Obschon dies mit schwachem Mehr gutgeheissen wurde und ein weiterer Urnengang dem Grossen Rat die Aufgabe zuwies, die dafür nötige Verfassungsrevision zu entwerfen, fand diese ein Jahr später keine Gnade, so dass es bei der bisherigen Zahl von 130 Grossräten blieb.

Glück hatte die Regierung mit ihrem generellen Projekt zum Ausbau des Strassenbahnnetzes, womit sie auch die Abwanderung vermöglicher Einwohner nach den Vororten verhüten wollte. Auf ihren Antrag genehmigte der Grosse Rat sowohl die Transversalverbindung des St. Johann- mit dem Schützenmattquartier als auch die Doppelspur der Linie Hardstrasse–Sankt Jakob. Die auf den 1. Juli eröffnete Linie Jakobsberg–Bruderholz, an deren Finanzierung sich die Anstösser beteiligt hatten, erschloss eine neue gesunde Wohngegend; auch hoffte man, der Staat und die Bürgergemeinde würden durch die Erweiterung ihres dortigen Landbesitzes die Steigerung der Bodenpreise in vernünftigen Schranken halten.

Die Regierung wollte den sozialistischen Anzug für den staatlichen Wohnungsbau abschreiben, weil sie letzteren für unrentabel hielt. Dennoch beharrte die Mehrheit des Grossen Rats auf dem Auftrag, da sie mit einer baldigen Knappheit an billigen Wohnungen rechnete. An grösseren Bauten wuchsen allmählich die neue Frauenarbeitsschule an der Kohlenberggasse und das Singerhaus am Marktplatz aus dem Boden. Der Grosse Rat beschloss den Bau einer Turnhalle für das Rosentalschulhaus und die Umwandlung des früheren Theodorsgottesackers in eine öffentliche Anlage; ferner kaufte der Staat eine Liegenschaft an der Binningerstrasse für das Gas- und Wasserwerk.

2. *Ausbau der Kriegswirtschaft*

Die Probleme der Versorgung, der Teuerung und der Entlöhnung stellten an Behörden und Volk um so höhere Anforderungen, als das Ende des Kriegs in immer weitere Ferne rückte. Einzig die Arbeitslosigkeit nahm nicht einen so grossen Umfang an, als man befürchtet hatte. Infolge der anhaltenden Abwanderung von Arbeitskräften fand etwa die Hälfte der männlichen Bewerber eine passende Stelle; von den weiblichen konnten sogar 90% plaziert werden. Doch bald sank das Arbeitsangebot für Frauen, da viele Familien auf Dienstmägde verzichteten. Trotz stabilem Mitgliederbestand musste die staatliche Arbeitslosenkasse (etwa 100 Soldaten des Regiments waren ihr beigetreten) nur noch ca. 67000 Franken an Unterstützung ausrichten. Der Grosse Rat erhöhte im März den Staatsbeitrag an die privaten Kassen von 10000 auf 30000 Franken und bewilligte im Dezember, vorgängig dem Budget 1916, einen Kredit von 437120 Franken für Not-

standsarbeiten. Der CV JM vermittelte wiederum gegen 500 Stellen, der KV erliess unbemittelten Lehrlingen das Kursgeld für seine Handelsschule. Um die Schulentlassenen vor Untätigkeit zu bewahren, eröffnete die Gewerbeschule einen theoretisch-praktischen Versuchskurs (die spätere Vorlehre). Nur die Anheuerung für Landarbeit ausserhalb des Kantons stiess auch jetzt noch auf Gleichgültigkeit; offenbar waren selbst die Söhne von Zugewanderten schon so verstädtert, dass sie sich dem langen Arbeitstag auf dem Feld des Bauern bei geringer Entlöhnung nicht fügen mochten; auch fürchtete mancher, durch Abwesenheit seine Chancen bei der Stellensuche in der Stadt aufs Spiel zu setzen.

Dagegen fand die «Pflanzlandbewegung» ein starkes Echo; denn beim Anbau von Gemüse, Kartoffeln und Beeren konnte sich auch der kleine Mann als sein eigener Herr und Meister fühlen und bei ausdauerndem Fleiss einen erklecklichen Ausgabenposten für die Nahrung einsparen. Nach der Berechnung eines Einsenders der «Basler Nachrichten» sollte die rationelle Verwertung des brachliegenden Kulturbodens der Schweiz einen jährlichen Gewinn von 1–2 Millionen abwerfen und 50000 Menschen nützliche Freizeitbeschäftigung vermitteln. Wenn sich am Jahresende der Ertrag in Basel bloss auf 30000 Franken bezifferte, so schrieb man die Schuld der zögernden Haltung der Regierung zu. Zwar hatte sie schon im Frühjahr eine vom Stadtgärtner geleitete Kommission ernannt, die etwa 10 Jucharten pachtete und sie in Parzellen von je 2 Aren zu einem Jahreszins von 3 Franken unter die vom Staat Unterstützten und bedürftige kinderreiche Familien aufteilte. Da dieser Boden sofort vergeben war, wurde vorgeschlagen, Kanton und Bürgergemeinde sollten ihre Pachthöfe für längere Frist als Gartenland zur Verfügung stellen; doch wollte die Regierung die Verträge mit ihren Pächtern nicht kündigen, weil sie fürchtete, nach dem Krieg würden die Pflanzlandmieter wieder verschwinden und die Pächter inzwischen abwandern. Erst im September wurde das Finanz-Departement zu weiteren Verpachtungen ermächtigt. Obschon ein unentgeltlicher Kurs für Gemüsebau gut besucht war, erwies sich bald, dass die Begeisterung mangelnde Kenntnisse nicht ersetzen konnte und dass mancher Bewerber die Auslagen für Sämereien, Setzlinge, Dünger und Werkzeuge unterschätzt hatte. Die Berufsgärtner hatten nur so lange gegen die neue Konkurrenz nichts einzuwenden, als sie dem Eigenbedarf des Pflanzers diente, und erklärten, ein optimaler Ertrag sei ohne fachmännische Anleitung nie zu erreichen.

Es würde zu weit führen, den interessanten Gedankenaustausch in unseren Zeitungen über die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Umstellung der schweizerischen Graswirtschaft auf den Getreidebau zu

verfolgen. Auch die grössten Optimisten mussten zugeben, dass eine solche Umwälzung der agrarischen Struktur dem Konsumenten grosse Opfer in Form von aus den Steuern aufzubringenden Prämien, Subventionen und Darlehen auferlegen müsste und dass die Verminderung des Viehbestandes die Milch- und Fleischproduktion gefährden würde. Zur Sicherung der Brotversorgung schien es wichtiger, grössere Kornmagazine zu schaffen, um das Einfuhrmonopol, das die Handelswelt nur als Notbehelf in Kauf nahm, nach dem Krieg aufheben zu können.

Da der Bund nur schrittweise in die Privatwirtschaft eingriff – im Mai organisierte er die Schlachtviehimporte, im Oktober verfügte er das Monopol für die Reiseinfuhr, im November setzte er für Käse und Zucker Höchstpreise fest und kaufte Saatkartoffeln für die Genossenschaften –, sah sich unsere Regierung veranlasst, die Versorgung Basels mit allem Lebensnotwendigen zu sichern und vor allem die Verteilung des Vorhandenen möglichst gerecht in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck bestimmte sie im Juli eine Kommission unter dem Präsidium von Regierungsrat Aemmer, der die Aufsicht über den gesamten Warenmarkt überbunden wurde; sie hatte die Regierung monatlich zu orientieren und ihr gutscheinende Preisvorschriften und Beschlagnahmungen vorzuschlagen. Für ihre Verwaltungsspesen bewilligte der Grosse Rat einen Notstandskredit von 108000 Franken. Die Kommission begann ihre Tätigkeit mit Bestandesaufnahmen in den Läden (Reis, Fleisch, Konserven, Petrol). Durch die Presse beriet sie fortlaufend das Publikum, durch Abwechslung in der Auswahl der Lebensmittel die Preise selbst zu regulieren und die jeweils verderblichen Artikel rasch zu geniessen oder zu konservieren. Sie kaufte Importe von Reis, Zucker, Bohnen, Weizenmehl und Griess und bot sie den Geschäften an, die sie zu vorgeschriebenem Preis an die Kundschaft abzugeben hatten. Im Herbst vermittelte sie Hauslieferungen von Lagerobst und Kartoffeln zum Selbstkostenpreis und dehnte ihre Anschaffungen auf Vollmehl und Teigwaren aus. Ein zweiter wöchentlicher Fischmarkt sollte die Fleischnot ausgleichen. Im Viehhof wurde eine Mästerei für 300 Schweine eingerichtet, wohin die Hausfrauen Abfälle liefern sollten. Soweit die Metzger das Fleisch nicht zu einem bestimmten Preis verkaufen wollten, sollten die Tiere in Regie geschlachtet werden. Im Lauf des ersten Halbjahres hatte die Kommission Waren im Wert von 432500 Franken an die Bevölkerung vermittelt. Anhand der im Kantonsblatt publizierten wöchentlichen Preisstatistik konnte man sich überzeugen, dass die Regierung die Entwicklung der Lebenshaltung nicht aus den Augen liess.

Dagegen suchte sich auf dem Gemüse- und Obstmarkt die Gewinnsucht des Zwischenhandels auszutoben. Die Händler kauften nämlich die Riehener

Kirschenernte am frühen Morgen auf, um sie auf dem Güterbahnhof nach dem Inland aufzugeben oder im Strassenverkauf loszuschlagen, sodass die Hausfrauen auf dem Barfüsserplatz nur noch leere Stände oder teure Reste fanden. Deshalb verordnete die Regierung, dass vor 8 Uhr nicht gehandelt werden durfte; auch sollten die Preise angeschrieben werden und der Verkaufszwang gelten. Zuwiderhandelnde wurden mit Wegweisung bedroht. Nur von Höchstpreisen sah die Verfügung ab, weil man den Boykott des Marktes durch die Lieferanten befürchtete. Die Handelsgärtner, die ohnehin Verluste erlitten, weil sie die Kurorte nicht mehr mit Sommergemüse beliefern konnten, beschwerten sich vergeblich über die Einschränkung ihres Absatzes. Als die Binninger Gemüsegärtner kurzerhand ihre Ware von 5 Uhr morgens an jenseits des Dorenbachs feil hielten und sich eines grossen Zulaufs aus der Stadt erfreuten, wurde ihnen dies nach wenigen Tagen von Liestal aus verwehrt. Somit war es unserer Regierung gelungen, die Interessen der Hausfrauen zu wahren.

In der Gestaltung seiner Preispolitik musste der ACV zwischen den vom VSK erlassenen Direktiven, welche die Verständigung mit dem Bund und der Landwirtschaft erstrebten, und der nur auf Abwehr der Teuerung eingestellten Konsumentenschaft hindurch steuern. Der von Nationalrat Jäggi, einem überlegenen und weitsichtigen Genossenschaftspolitiker, geleitete Dachverband verzichtete auf die prinzipielle Bekämpfung der Lebensmittelzölle, um die finanziellen Schwierigkeiten der Eidgenossenschaft nicht zu vermehren, und schloss sich der Käseunion an, um die planlose Verschleuderung der Vorräte im Ausland zu verhindern; den durch verbilligten Absatz verderblicher Waren bedingten Einnahmenverlust musste er durch höhere Preise auf anderen Artikeln und durch Verzicht auf einen Abschlag des Brotpreises ausgleichen. Die Verwaltungskommission des ACV hatte sich deswegen mehrerer Angriffe von bürgerlicher wie von sozialistischer Seite zu erwehren. Im November verteidigte der Zentralverwalter Angst an einer vom Arbeiterbund einberufenen öffentlichen Versammlung den angefochtenen Aufschlag der Milch auf 27 Rappen, weil die Stockung der Frischmilchauffuhr zur Versorgung der städtischen und auch der 3000 jenseits der Grenze wohnenden Mitglieder mit teurer Käsereimilch gezwungen habe, und hielt damit mühsam den Frieden in der Genossenschaft aufrecht.

Die für das wirtschaftliche Durchhalten des ganzen Schweizervolks unabdingbare Solidarität war auf zwei Fronten bedroht: der Zank zwischen Stadt und Land schuf auf beiden Seiten gefährliche Verbitterung, und die in manchen Kantonen laxe Durchführung der bei uns streng gehandhabten eidgenössischen Vorschriften (namentlich über das Vollmehl) nährte in Basel

das Gefühl, anderswo würden diese Vorräte leichtfertig vergeudet. Zudem beschuldigte der «Vorwärts» die Bauern, der Kraftfuttermangel sei nur eine Ausrede für die Milchknappheit; deren wahrer Grund sei die für den profitablen Export übersetzte Käseproduktion. Da sich die Regierung diesem Argument nicht ganz verschloss, beantragte sie auf Wunsch des ACV dem Bundesrat, die Lebensmittelausfuhr energisch zu drosseln. Obschon die Zufuhr wichtiger Rohstoffe dadurch gefährdet werden konnte, entschloss sich die Landesbehörde im Spätherbst, die Herstellung und Ausfuhr von Kondensmilch einzuschränken, wovon aber die Versorgung des notleidenden Mülhausen mit einem gewissen Quantum von Frischmilch durch Basel nicht berührt wurde.

Nicht bloss den grundsätzlichen Alkoholgegnern erschien die Verwendung von Reis, Malz und Gerste für die Bierproduktion nicht mehr zu verantworten. Die Brauereien erklärten sich zwar bereit, ihre im Ausland angekauften Rohstoffe im äussersten Notfall für die Landesernährung zur Verfügung zu stellen; sie wiesen aber darauf hin, dass eine vorzeitige Beschlagnahmung Tausende von Arbeitskräften brotlos machen und auch das Gastgewerbe schwer schädigen würde. Die für den Bund vorgeschlagene Biersteuer, welche die Nachfrage stark reduziert hätte, wurde sowohl von der Handelskammer, die für die von den Banken in den Brauereien investierten Kapitalien fürchtete, als auch vom «Vorwärts» abgelehnt, der nur zu genau wusste, wieviele Arbeiter eine Verteuerung des Gerstensaftes mindestens so übel wie die der Nahrungsmittel aufgenommen hätten.

Da die Petrolzufuhr fast gänzlich stockte, ermächtigte die Regierung das Elektrizitätswerk, in Etagenwohnungen bis zu 5 Zimmern und 8 Brennstellen die Beleuchtung auf Abzahlung zu installieren, obgleich ihr bewusst war, dass bei einer Verminderung der Gasproduktion der für die Industrie unentbehrliche Koks teuer im Ausland erworben werden musste. Zahlreiche Hausbesitzer machten von der Vergünstigung Gebrauch, so dass nach wenigen Jahren sowohl die Petrolampel wie der Gasstrumpf der Vergangenheit angehörten.

Als Deutschland 42 schweizerische Firmen wegen Belieferung der Entente mit dem Kohlenboykott bedrohte, war bei uns die Anilin herstellende chemische Industrie betroffen. Die Schappefabrikation litt darunter, dass Frankreich die in seinen Häfen lagernden Textilrohstoffe zurückhielt. Die elektrische Industrie musste ihre Tätigkeit infolge des Schwindens der Kupfervorräte einschränken. Als im Sommer die Treuhandstelle in Zürich und im Herbst die «Société Suisse de Surveillance» gegründet wurden, um die Verwertung der von den Kriegführenden gelieferten Materialien zu kontrollieren und die Ausfuhr der hergestellten Produkte zum Feind zu ver-

hindern, nahm auch die Basler Industrie trotz der damit verbundenen Zeitverluste und Spesen dies willig hin, um wenigstens die drohende Schliessung der Betriebe vermeiden zu können. Einen positiven Weg in die Zukunft wies der Öffentlichkeit erstmals eine unter der Leitung von Regierungsrat Mangold in Bern zusammengetretene Versammlung zur Wahrung der schweizerischen Handels- und Industrieinteressen: sie bildete zwei Kommissionen zum Studium einer nationalen Messe und von Ursprungszeugnissen.

Durch Inserate und Agenten der ausländischen Metallindustrie angelockt, wanderten zahlreiche Arbeiter nach Deutschland und England aus, so dass sich ein Mangel an qualifizierten Drehern und Schlossern bemerkbar machte. Viele kehrten aber zurück, da ihr Mehrverdienst durch teure Lebenshaltung absorbiert wurde, und suchten wieder bei den früheren Arbeitgebern unterzukommen. Das Schweizerische Auswanderungsamt mahnte die Bewerber um Auslandsstellen, ihre Kontrakte vor der Abreise durch das zuständige Konsulat bestätigen zu lassen, um sich gegen unliebsame Überraschungen zu schützen.

Dass die unaufhaltsam ansteigende Teuerung – im Lauf des Jahres überschritt sie 20% gegenüber den Vorkriegspreisen – die Bevölkerung immer stärker beunruhigte, war nicht erstaunlich. Auch wenn es sich jeweils nur um wenige Rappen auf diesem oder jenem Artikel handelte (meist betraf es zuerst die billigen Sorten), so gewann bis tief in den Mittelstand hinein das Gefühl der Unsicherheit die Oberhand, zumal die Bemühungen der bürgerlichen Presse, unsere wirtschaftliche Verflechtung begreiflich zu machen, scheitern mussten, weil der Mann aus dem Volk die Zusammenhänge nicht erkennen konnte. Für die nächste Zukunft war die Versteifung der öffentlichen Meinung, die ihren Groll an einem Sündenbock – den Bauern, den Händlern, der einen oder andern Kriegspartei – auslassen wollte, verhängnisvoller als die Teuerung selbst. Dies zeigte sich deutlich an der Ende Mai auf dem Marktplatz abgehaltenen sozialistischen Demonstrationsversammlung, wo die Referenten Frei und Grimm die Preispolitik des «ungekrönten Schweizerkönigs» Laur als Anschlag auf die Volksgesundheit brandmarkten, der notfalls von den Darbenden nach der Devise «Not kennt kein Gebot» mit Gewalt abgewehrt werden dürfe; deshalb forderte die Resolution von den Behörden Höchstpreise und Einfuhrmonopole auf alle Lebensmittel und drakonische Bestrafung des Wuchers. Die Drohung der landwirtschaftlichen Verbände, die von ihnen verlangten Preise durch einen Lieferstreik zu erzwingen, musste auch bei ruhigen Bürgern Öl ins Feuer giessen. Selbst die Handelskammer wandte sich dagegen, dass der Import von Gefrierfleisch durch Sonderinteressen gehemmt werde.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen erhöhte sich bis zum Jahresende auf 1245 (= 3,5% aller Mietobjekte). Die Bedrängnis vieler Hausbesitzer und Mieter bewog den Grossen Rat, sich am 4. März durch ausgleichende Massnahmen beider Teile anzunehmen. Da die Vertreter der Hausbesitzer rügten, sie müssten den von der Hilfskommission unterstützten Mietern ein Drittel der Zinse erlassen, wurde dieser Betrag auf ein Viertel reduziert; dagegen musste das Postulat, die Hypothekarzinse gesetzlich zu limitieren, als undurchführbar abgelehnt werden. Als der Hausbesitzerverein eine mässige Erhöhung der Mietzinse ausser für die durch den Krieg in Not geratenen Mieter beschloss, trat der Mieterverein, der sich vergeblich für Zinsstundungen eingesetzt hatte, dem schweizerischen Zentralverband bei, weil er sich davon einen wirksameren Druck auf die Behörden versprach. Dass aber nur 500 von 4000 Mietern in Basel Mitglieder waren, zeigt die Schwäche der «gewerkschaftlichen» Idee im Mittelstand, obschon der Verein die Vorauszahlung der Mieten, die Forderung von Instandstellungskosten und die Führung «schwarzer Listen» von angeblich schlechten Mietern bekämpfte und eine Beratungsstelle schuf.

Das unter der Absatzkrise immer schwerer leidende Gewerbe beklagte sich über Schmutzkonkurrenz von Aussenseitern, aber auch über Preisdrückerei des Staates bei der Vergebung von Bestellungen. Deshalb wünschte der Gewerbeverband ein Gesetz über das Submissionswesen, das die Ausschreibung, die Zuteilung und die Arbeitsbedingungen auch im Interesse der Werktätigen regeln sollte, und verwahrte sich energisch gegen die von den Konsumvereinen ausgesprochene Verdächtigung, seine Mitglieder liessen sich von «Profitsucht» leiten; die Allgemeinheit müsse ihr Interesse an soliden und preiswerten Leistungen erkennen und auf den Bezug von Massenware verzichten. Besonders das Bau- und das Malergewerbe ermangelten genügender Aufträge, so dass die Vollbeschäftigung der Arbeiter und die Erhaltung der Löhne immer fraglicher würden. Ferner stellte die Handelskammer einen bedrohlichen Preissturz der Rohseide und der Seidenbänder fest, da sowohl die Zufuhr wie der Absatz stockten. Der Wirteverein verlangte dringend die Revision des Wirtschaftsgesetzes, von der er die Reduktion der Patenttaxen erhoffte. Eine gewisse Verbesserung versprach man sich von einer im September eröffneten Handels- und Industriebörse zur Vermittlung von Bestellungen. Das Gewerbemuseum bereitete für 1916 eine Schau vor, die durch eine Reihe von Ausstellungen (Graphik, Möbel, Metalle, Textilien) die Leistungsfähigkeit der ansässigen Firmen demonstrieren sollte.

Auch die herrschenden Zustände im gewerblichen Lehrlingswesen wurden allgemein als unbefriedigend empfunden. Zwar wurden die im Vorjahr

eingerichteten Vorkurse so gut besucht, dass sie in drei Abteilungen (Bauzeichner-Geometer, Maschinenzeichner-Elektriker-Mechaniker, Maler-Graphiker-Buchbinder) gegliedert werden konnten. Doch da viele Schulentlassene Ausläuferstellen annahmen, weil sie von ihren Eltern zum sofortigen Mitverdienen angehalten wurden, begann in manchen Handwerken (Bäcker, Metzger, Coiffeure, Gärtner, Messerschmiede) der Nachwuchs zu fehlen. Ferner liessen es viele durch ihre Geschäftssorgen bedrängte Lehrherren an einer gründlichen Ausbildung ihrer Schutzbefohlenen fehlen; die starken Kürzungen der Arbeitszeit förderten bei der Jugend die Ablenkung durch Sport und Vereinsbetrieb und schwächten ihr Pflichtbewusstsein. Das Gewerbesekretariat hoffte, durch ein revidiertes Lehrlingsgesetz Abhilfe schaffen zu können, und war bereit, einen Fähigkeitsausweis für die Meister einzuführen, wenn dafür die Lehrverträge kündbar erklärt würden. Die Drukkereibesitzer kamen als erste dem Wunsch der Gewerbeschule nach, ihren Lehrlingen den Besuch von Tageskursen zu gestatten. Die staatliche Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung bemühte sich, den Jünglingen die richtige Wahl ihrer Betätigung nach ihrer Eignung zu erleichtern und namentlich vor dem Zudrang zu einer kaufmännischen Lehre zu warnen. Der Grosse Rat beschloss die Einrichtung einer obligatorischen Lehrwerkstätte an der Gewerbeschule für die angehenden Schlosser, weil im Hinblick auf die spätere Tätigkeit als Lokomotivführer, Chauffeure, Monteure und Werkmeister viele diesen Beruf wählten und nicht alle Schlossermeister eine genügende Ausbildung zu gewähren schienen. Gegen diese Neuerung wehrte sich das Gewerbe, weil das handwerkliche Können im Umsetzen eines geistigen Erfassens in eine zweckdienliche Leistung bestehe und die charakterliche Ertüchtigung nur in einem einheitlichen praktischen Lehrgang erreichbar sei; auch fürchteten einzelne Branchen, es würden ihnen staatliche Aufträge entzogen, um der Lehrwerkstätte Arbeit zu verschaffen. Die Lehrstellenvermittlung schlug vor, dass die Kleinmeister aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden sollten, damit sie sich ganz der Lehrlingsausbildung widmen könnten. Doch erwies dann die zunehmende Spezialisierung und Mechanisierung der Handarbeit, dass das Ideal des zünftigen Meisters und seiner Gesellen der Vergangenheit angehörte.

Behörden wie Geschäftswelt mussten sich allmählich mit einer Anpassung der Löhne an die Teuerung befassen. Die gespannte Finanzlage verbot zwar noch die Ausrichtung von Zulagen; doch wurden fast überall die bisherigen Kürzungen aufgehoben und die Wehrmannsfamilien noch kräftiger unterstützt. Die Sozialdemokraten traten schon jetzt mit der Forderung nach höheren Besoldungen hervor. Die im Vorjahr für das Aktivdienst leistende Staatspersonal getroffene Regelung wurde auf Antrag der Regierung vom

Grossen Rat am 14. Oktober insofern verbessert, als auch die Ledigen 50% ihres Gehalts erhielten und die zum Instruktionsdienst Aufgebotenen in die Lohnordnung einbezogen wurden. Doch wurde ein Anzug, die Abzüge als unwürdigen Beutezug auf das durch die Teuerung verknappte Einkommen überhaupt abzuschaffen, am 11. November bei namentlicher Abstimmung und nur durch den Stichentscheid des Präsidenten verworfen; die Gegner betonten, es sei unklug, das von einer eigentlichen Notlage verschonte Staatspersonal vor den privaten Arbeitnehmern zu privilegieren.

Der ACV, dessen Jahresumsatz trotz einem kleinen Mitgliederzuwachs zurückging, baute alle Löhne um 2% ab, um die beliebte Rückvergütung von 8% auszahlen zu können; doch verlängerte er die Unterstützung seiner Wehrmannsfamilien durch weitere Kredite von insgesamt 40000 Franken. Die «National-Zeitung» verwandte sich für die kaufmännischen Angestellten, weil manche Firmen trotz wieder normalem Geschäftsgang die Arbeitszeitverlängerungen noch beibehielten; ausserdem ermahnte sie die Prinzipale, sich an die gesetzliche Vorschrift der monatlichen Gehaltsauszahlungen zu halten. Doch als ein Einsender drohte, ausbeuterische Firmen öffentlich anzuprangern, wurde ihm erwidert, dies könnte die betreffenden Geschäfte zu Massenkündigungen und zur Einstellung von weiblichem Personal provozieren; besser sei es, individuell vorstellig zu werden.

Die Gewerkschaften setzten den Hebel bei einzelnen Branchen an. In den chemischen Fabriken erreichten sie monatliche Zulagen und wöchentliche Kinderzuschüsse. Jedoch lehnten die Färbereigrossbetriebe generelle Verbesserungen ab und stellten Zulagen erst für den Winter in Aussicht. In zwei Warenhäusern gelang es, dem Personal einen Tarifvertrag mit erhöhtem Lohn, reduzierter Arbeitszeit, bezahlten Ferien und Lohnauszahlung bei kürzerer Krankheit zu erkämpfen.

Da mehrere Meisterverbände (Zimmerleute, Buchbinder, Küfer, Schreiner, Elektriker) infolge des schlechten Geschäftsganges die Tarifverträge kündigten, riefen die Gewerkschaften das Einigungsamt an. Obschon dieses im Interesse des Arbeitsfriedens die Verlängerung bestehender und den Abschluss neuer Kontrakte befürwortete, gelang die Schlichtung nur in wenigen Fällen; denn der Widerstand der Prinzipale rieb sich oft auch am Staat, dessen Arbeitsnachweisbüro ihnen die freie Auswahl unter den Stellensuchenden schmälerte. Auf der andern Seite setzten die Werktätigen, die ihre Mittel nicht in unbesonnenen Streiken verzetteln durften, ihr Vertrauen in die Zukunft, indem sich schwächere Verbände zu grösseren Organisationen zusammenschlossen: so vereinigten sich im Sommer die Bau- und Holzarbeiter mit den Malern und Gipsern, und im Herbst trat das Personal des ACV, des VSK, der Bell AG und der Warenhäuser dem Verein der Büro- und Handels-

angestellten bei. Als Symptom der verschärften Spannung konnte es auch gelten, dass die Gewerblichen Schiedsgerichte sich immer häufiger mit Klagen über zurückgehaltene Löhne, entzogene Freizeit und Ferien, kündigungslose Entlassungen, Überstunden und Bruch von Lehrverträgen zu befassen hatten.

Der «Vorwärts» ermahnte die Gewerkschaften, ihren Prinzipien treu zu bleiben; mehrheitlich gefasste Beschlüsse sollten für alle Mitglieder verbindlich sein, und der Austritt überstimmter Minoritäten müsse als Desertion verurteilt werden. Bei der Werbung um neue Mitglieder möge vor allem an das Solidaritätsgefühl und an den Kampfwillen gegen die kompakte Macht des Unternehmertums appelliert werden; dagegen sei dem Egoismus und dem Neid, durch die manche Werktätige sich verleiten liessen, die Vorteile der Organisation für sich selbst auszunützen und sogar Genossen bei den Arbeitgebern zu denunzieren, scharf entgegenzutreten. Nur schlagkräftige Gewerkschaften seien imstande, auch nach dem Krieg der gesammelten Kraft des Kapitalismus die Stirn zu bieten.

Mochten auch die Dachorganisationen von Arbeitgebern und -nehmern aus Einsicht in die Notwendigkeit der Verständigung gemeinsam an den Bundesrat gelangen, um dessen Schutz gegen Preis- und Lohndrückerei und den Beistand zur Schaffung von Arbeit zu erreichen, so war doch die Zeit des Burgfriedens im Zeichen des Schulterschlusses aller Klassen für die Führer der Sozialdemokratie nur noch eine ferne Erinnerung. «Profitsucht und Spekulationswut der Patrioten» dienten ihnen als Rechtfertigung, ebenso rücksichtslos nur noch die Interessen der «Unterdrückten» zu verfechten und alle «gelben» Organisationen als Verräter zu verketzern. Wenngleich die Partei am 1. Juni einen Rückgang der Mitgliederzahl von 2265 auf 2138, der prozentual demjenigen in der ganzen Schweiz entsprach, sowie das Eingehen eines Quartiervereins melden musste, so verkündete der Arbeiterbund am Jahresende mit Stolz, dass 5000 Werktätige in 26 Gewerkschaften vereinigt seien und dass der Abgang im Baugewerbe durch Zuwachs in der Lebensmittel- und in der Handels- und Transportbranche ausgeglichen wurde, und der «Vorwärts» verzeichnete es mit Genugtuung, dass die Pressunion (Aufsichtskommission) seine Tätigkeit ausdrücklich gebilligt habe, ohne welche bei den Behörden für die Darbenden nichts erreicht worden wäre.

Einen grossen Teil der Erfolge schrieb der «Vorwärts» auch der verstärkten Agitation in den Volks- und Demonstrationsversammlungen zu. Namentlich die Maifeier, an der der spätere Redaktor und Regierungsrat Schneider als Redner erstmals vor eine grössere Öffentlichkeit trat, fand ein stärkeres Echo als im Vorjahr. Aber auch die sozialistischen Jugendorganisa-

tionen, die sich als Vortrupp einer künftigen Offensive gegen den Kapitalismus betrachteten, dehnten mit deutlicher Spitze gegen Vorunterricht und Pfadfinder ihr Einzugsgebiet aus; in ihren Kreisen sog die junge Generation die marxistischen Dogmen gleichsam mit der Muttermilch ein und bezweifelte die Pflichten gegen das Vaterland. Wie folgenschwer dieser Gärungsprozess war, sollten die kommenden Jahre offenbaren.

3. Ausdehnung der Fürsorge und der Wohltätigkeit

Wie im Vorjahr stand auch jetzt die Tätigkeit der staatlichen Hilfskommission im Mittelpunkt der öffentlichen Fürsorge. Sie hatte seit Kriegsausbruch bis Ende 1915 an 4393 Petenten mit 5365 erwachsenen und 7498 jugendlichen Angehörigen (total 12,7% der Einwohnerschaft) an Unterstützungen 605 245 Franken ausbezahlt und nur 664 Gesuchsteller abgewiesen. Ferner hatte sie 151 Parzellen Pflanzland zu 2 Aren beschafft und weitere 82 Parzellen von der Regierung zur Verfügung erhalten. Solche gewaltigen Leistungen waren nur möglich, weil die freiwilligen Vergabungen und Spenden die stattliche Höhe von 333 966 Franken erreicht hatten, so dass der Kredit des Staates (der Grosse Rat bewilligte im Oktober nochmals 165 000 Franken) nicht vollständig beansprucht werden musste. Einen eigentlichen Notstand verzeichnete die Kommission nur noch bei Zimmervermietern, Dienstmädchen, Wäscherinnen und Putzerinnen; im gesamten waren jedoch infolge der anhaltenden Abwanderung der Ausländer mehr Arbeitsplätze frei geworden. Durch eine Erhöhung der Mietzinsbeiträge musste eine Katastrophe bei den Vermietern wie bei den Mietern verhütet werden. Die Hausbesitzer, denen 75% des Zinsmankos vergütet wurde, zeigten freilich nicht durchwegs genügendes Verständnis für bedrängte Mieter und mussten, wenn sie allzurasch gerichtlich vorgingen, von der Kommission gewarnt werden. Nach wie vor wurde die Hilfe auf Bedürftige, die schon vor dem Krieg unter uns geweilt hatten, beschränkt; jedoch wurden diese ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit als unsere Nächsten betrachtet. Als die von allen Seiten in Anspruch genommene Opferfreudigkeit der Spender etwas nachliess, erneuerte die Kommission ihre Aufrufe immer wieder mit Erfolg.

Obschon der Beschäftigungsgrad der Industrie befriedigend war, musste die Allgemeine Armenpflege 2038 Bedrängten mit 545 443 Franken beistehen. Der Bericht sah die Ursache des hohen Betrages allein in der unaufhaltsamen Teuerung. Da die Mehrzahl der Unterstützten aus Bürgern anderer Kantone und aus Ausländern bestand (nur 6 waren Basler), und der weitere Zuzug

Auswärtiger unerwünscht war, lehnte die Verwaltungskommission den Wunsch der Konkordatskantone ab, durch Entgegenkommen in der Anrechnung der Niederlassungsdauer weitere Zuwanderung zu begünstigen.

Der Kantonalverband der baselstädtischen Krankenkassen buchte infolge der Abwanderung einen Verlust von 1729 Mitgliedern und eine Abnahme der Unterstützungsfälle um fast 600, weil die Pflege der im Dienst erkrankten Wehrmänner Sache der Militärversicherung war. Die Einnahmen und Ausgaben im Betrag von annähernd je 200000 Franken hielten sich im Gleichgewicht. Im Juni wurde die zahnärztliche Poliklinik eröffnet, in welcher Krankenkassenmitglieder zum Selbstkostenpreis behandelt wurden.

Der Beitrag des Bundes an Basel auf Grund des Konkordats für wohnörtliche Notunterstützung belief sich auf 18436 Franken.

Von unentwegter Opferwilligkeit zeugte auch jetzt der Erfolg der vielen Sammlungen. Die Schulsynode brachte 35000 Franken, das Personal des Kantons und der Bürgergemeinde 10000 Franken zusammen. Eine Kollekte für notleidende Wehrmänner der Basler Einheiten ergab 15829 Franken, die an 285 Mann ausgerichtet wurden. Bei der Entlassung des Auszugsregiments im Juni bemühte sich ein Ausschuss von Offizieren unter Leitung des Militärdirektors um die Plazierung besonders der arbeitslosen Kaufleute und Techniker; für etwa 80 konnte Arbeit vermittelt werden, während 60 andere sich zu freiwilligem Dienst entschlossen. Die Vereinigung «Zwischen Licht» veranstaltete eine Osterbescherung an 7000 Soldaten und wiederholte im Herbst ihre vorjährige Obstspende. Dass zur Weihnachtszeit die im Weichbild der Stadt liegenden Truppen, aber auch unsere in den Etappenspitälern und Heilstätten der Genesung harrenden Soldaten mit Gaben bedacht wurden, galt der Regierung wie der Bevölkerung als Selbstverständlichkeit.

Das willige Gehör, das die vielen Appelle der privaten Organisationen stets wieder fanden, bestätigte den alten Ruf unserer Stadt. Auch erschöpfte sich die Solidarität mit den Bedrängten nicht in materiellen Spenden, sondern dehnte sich auf die Fürsorge für das moralische Wohl aus; vor allem verdienen die Frauenvereine und die Kommission zur Versorgung verwahrloster Kinder Erwähnung.

Leider blieb in einem Fall die Wohltätigkeit von hässlichen politischen Nebengeräuschen nicht verschont. Die Nationale Frauenspende, die als freiwillige Kriegssteuer einen Beitrag an die Mobilisationsschuld leisten sollte, wurde vom «Vorwärts» boykottiert, weil sie den Militarismus stärke und nur einen Tropfen auf den heissen Stein bedeute; keine Arbeiterbatzen dürften die Steuerpflicht der Besitzenden entlasten, die so unverfroren seien, auch an die Türen der Armen zu klopfen. Trotzdem konnten die Basler

Frauen fast 45 000 Franken nach Bern abliefern, wo insgesamt 1,1 Millionen aus der ganzen Schweiz zusammenströmten.

Auch die Liebestätigkeit für die Kriegsopfer im Ausland erweiterte sich beständig. Für die evakuierten Elsässer, die Polen, die Armenier und für die Bosnier in Montenegro wurden Geld, Kleider, Wäsche, Seife und anderes gesammelt. Die hiesigen Kolonien der Österreicher und Italiener konstituierten eigene Hilfsvereine; der schon bestehende deutsche organisierte eine Bilderverlosung zugunsten der Familien seiner Landsturmleute. Für die zivilen Kriegsgefangenen wurden «Patinnen» gesucht. Ein Basler Comité, das für Spenden an die zwischen Deutschland und Frankreich ausgetauschten kampfunfähigen Internierten sammelte, konnte nach der Beendigung der Aktion überzählige Beiträge den Gebern zurückerstatten und die noch vorhandenen Kleider andern Organisationen schenken.

Des grössten materiellen Erfolgs erfreute sich mit 681 000 Franken eine schweizerische Kollekte für notleidende Landsleute im Ausland; der namhafte Anteil Basels (82 000 Franken) war wohl dem Umstand zu verdanken, dass die Anregung von hier ausgegangen war. Auch das Comité für Geiselhilfe setzte seine Arbeit unverdrossen fort; doch erreichte es in zähen Verhandlungen mit Frankreich nur, dass deutsche Kinder, die vom Krieg in Ferienorten überrascht worden waren, über Basel heimkehren durften; leider gelangten Frauen und Kranke nicht in den Genuss dieser Wohltat; denn die Franzosen erklärten sie als Pfänder für die vom Feind besetzten Gebiete, obgleich das Völkerrecht eine solche Massnahme nicht kannte. Ein Aufruf an die Basler Kinder, Spielzeuge als Weihnachtsgabe für ihre Kameraden im Ausland zu schicken, hatte dagegen einen schönen Erfolg.

4. Die Sorge um Basels wirtschaftliche Zukunft

Es war das Bestreben einiger weniger weitsichtiger Männer, über die Tagessorgen hinaus das Gedeihen unserer Stadt ins Auge zu fassen und sich weder durch die Behinderung des Aussenhandels noch durch die Aussicht auf eine noch lange Kriegsdauer in der Vorbereitung konstruktiver Pläne beirren zu lassen; denn nur neue wirtschaftliche Institutionen konnten den schon seit Jahren stationären Geschäftsgang beleben und die Risikoscheu durch frische Impulse überwinden. In der vordersten Reihe dieser Pioniere stand der Ingenieur Rudolf Gelpke, der unermüdlich für den rechtzeitigen Ausbau der Hafenanlagen eintrat, um Basel den Anschluss an die Schiffahrt auf dem Oberrhein zu sichern. Der bescheidene Hafen auf dem linken Ufer sollte durch Lagerhäuser und Industriegeleise verbessert werden; vor allem

aber sollte ein Hafenbecken bei Kleinhüningen die Kapazität unseres Schiffsverkehrs vergrössern. In Vorträgen und Zeitungsartikeln wies Gelpke immer wieder darauf hin, dass unser Lebensnerv durch eine dauernde Abschnürung durchschnitten würde und wir dies mit Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Verlust an Steuerkapital bitter büssen müssten. Der bisherige Umsatz von noch nicht 1000 Tonnen, der der schweizerischen Volkswirtschaft knapp 300000 Franken eintrage, könne und müsse gesteigert werden. Der Grosse Rat tat mit der Bewilligung eines Kredits von 15000 Franken für Planstudien zum Kleinhüninger Hafen einen mutigen Schritt in eine verheissungsvolle Zukunft.

Eine damit eng verknüpfte Vorlage der Regierung erregte eine sich bis über den Jahreswechsel hinausziehende leidenschaftliche Diskussion in der Öffentlichkeit. Es sollte nämlich auf dem Klybeckareal, das der Staat 1913 für 1,5 Millionen erworben hatte, ein 200 Meter langer Uferstreifen im Umfang von über 2 Hektaren einer deutschen Firma, der «Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb» in Oberhausen am Niederrhein, die nach Friedensschluss einen Kohlenlagerplatz mit Verladeanlage und eine Brikettfabrik zu installieren gedachte, samt dem Vorkaufsrecht für weitere 150 Meter Uferfront verkauft werden. Mit dem niederen Preis von 16 Franken pro Quadratmeter hoffte die Regierung ähnliche Unternehmungen anzulocken, um den Hafenbau beschleunigen und der Stadt neue Verdienstquellen öffnen zu können; auch Bund und SBB begrüssten das Projekt im Interesse der Kohleversorgung. Doch alsbald meldeten sich in der Presse vielerlei Opponenten zum Wort: zunächst nahmen patriotische Kreise Anstoss an der Veräusserung unseres Bodens an Angehörige einer benachbarten Grossmacht, die nach dem Sieg über ihre Feinde auch uns einer wirtschaftlichen Suprematie unterwerfen könnte; ferner wurde vor den finanziellen Konsequenzen gewarnt, da der Vertragsentwurf die Kosten für die Ausbaggerung des Ufers und die Geleiseanschlüsse der Stadt auferlegte und die Realisierung eines Gewinns in weiter Ferne lag. Selbst Vertreter der führenden Handels- und Industriefirmen äusserten sich pessimistisch, weil sie befürchteten, die Zulassung eines ausländischen Trusts (die Gesellschaft war Mitglied des deutschen Kohlesyndikats) werde uns mit fremden Arbeitskräften überschwemmen, die schweizerische Schwerindustrie erdrosseln und die Gestaltung des künftigen Hafens präjudizieren. Die Anwohner des Areals protestierten gegen die voraussichtliche Verpestung der Luft durch die Brikettfabrik. Diesen Widerständen setzte Gelpke seine ganze Kraft entgegen, um das Vorhaben vor der Verwerfung zu retten. Er betonte, Basels ausgezeichnete geographische Lage bleibe so lange wertlos, als sie nicht erwerbspolitisch ausgenützt werde; dies sei aber nur zu erreichen, wenn der

Ausbau der Schiffahrt mit der Gründung neuer industrieller Unternehmungen Hand in Hand gehe; die Pflicht der Schweiz, die gefährdete mitteleuropäische Solidarität vor dem Untergang zu retten, dürfe nicht aus kleinlicher Angst vor Überfremdung vernachlässigt werden; die rein negative Kritik am Projekt verkenne, dass schöpferische Arbeit nie ein Verlustgeschäft sei und dass ein Verzicht eine einmalige Gelegenheit verscherzen würde.

Als im Dezember der Grosse Rat in zwei langen Sitzungen Stellung bezog, prallten die Gegensätze in voller Schärfe aufeinander; da jedoch die Meinungsverschiedenheiten quer durch alle Parteien gingen, hielt sich die Debatte auf einem sachlichen Niveau. In der Erkenntnis der starken Opposition erklärte sich die Regierung zum vornherein bereit, die Vorlage durch eine Kommission des Rates sieben zu lassen; selbst eine Volksabstimmung wollte sie im Vertrauen auf die Aufklärung nicht scheuen. So gerieten die Befürworter einer sofortigen Annahme von Anfang an ins Hintertreffen; aber auch die prinzipiellen Gegner sahen sich bald in die Defensive gedrängt. Die Mehrheit gab zwar zu, der Bannfluch gegen ausländische Firmen in einer auf den internationalen Verkehr angewiesenen Stadt sei hinterwäldlerisch; sie wünschte jedoch, dass einzelne Bestimmungen des Entwurfs, besonders die Rückkaufsklausel, die Steuerpflicht und die Rauch- und Lärmbekämpfung, abgeklärt würden. In namentlicher Abstimmung lehnte der Rat mit 59 zu 54 Stimmen eine Kommissionsberatung zwar ab, beschloss aber, materiell erst auf die Sache einzugehen, wenn der Vertrag im Wortlaut gedruckt vorliege. Die Presse begrüsste dies, da sowohl Annahme wie Verwerfung eine unerquickliche Referendumskampagne mit chauvinistischen und internationalistischen Schlagworten heraufbeschworen hätte. Die «Basler Nachrichten» erklärten, dass bei uns nach alter Erfahrung nichts einer guten Sache so sehr schade wie der Eindruck einer überstürzten Zwängerei.

Als Anfang 1916 der Vertrag publiziert war, versteifte sich der Widerstand mit teilweise neuen Argumenten; besonders die Abgabenfreiheit der Gesellschaft bis 1949 verstärkte den Eindruck, das Geschäft sei wenig vorteilhaft. Noch schwerer fiel gegen die Ratifikation ins Gewicht, dass ein siegreiches Deutschland durch Erwerb der Aktien den Rückkauf des Areals verunmöglichen könnte; es schien deshalb besser, den Frieden und die mit ihm eintretende Steigerung des Bodenwerts abzuwarten. So war denn das Schicksal der Vorlage, für die im Grossen Rat nur noch einige Liberale und Sozialdemokraten eintraten, besiegelt; selbst die Regierung, die sich den Vorwurf gefallen lassen musste, ohne Einholung eines fachmännischen Gutachtens auf die Sache eingegangen zu sein, war nun mit der Verwerfung, die mit 61 gegen bloss 14 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen wurde,

einverstanden, weil sie damit die Basis für neue Verhandlungen zu gewinnen hoffte. Während die Gegner die Rheinschiffahrt vor den Servituten einzelner Erwerbsgesellschaften bewahren wollten, erklärten die sozialistischen Befürworter umsonst, der Verzicht widerspreche dem bürgerlichen Gejammer über die wirtschaftliche Stagnation. Der Verlauf des Krieges und die Niederlage Deutschlands vereitelten jedoch neue Anläufe.

Dieser Zank um ein einzelnes Projekt war jedoch auch ein Symptom des tiefen Unbehagens über die wirtschaftliche Stagnation in Verkehr und Industrie, an der Basel seit der Jahrhundertwende krankte. Ein Artikel in der «National-Zeitung» wies darauf hin, dass wir uns mit dem unabänderlichen Fehlen eines weiten Hinterlands nicht einfach resigniert abfinden dürften, sondern dass mindestens ebensosehr unsere schwerblütige Tiftelei und Nörgelsucht daran schuld seien, wenn uns Zürich mit seiner kühnen Verkehrspolitik immer mehr überflügle; denn die unselige Zersplitterung der Parteien mit ihrem Kuhhandel und der Proporz schreckten junge Kräfte von der Teilnahme am öffentlichen Leben ab; solange jede noch so bescheidene spontane Geste mit hämischen Glossen quittiert werde, sei speditive Arbeit lahmgelegt; auch die Regierung weiche grosszügigen Plänen aus, um ja nirgends anzustossen, und laviere ängstlich zwischen den verschiedenen Strömungen hin und her. So befreiend eine solche offene Sprache wirken musste, so wenig vermochte sie das Volk von seinen Alltagssorgen abzulenken; einzig die Idee der Mustermesse schlug schon vor Ende des Kriegs dauerhafte Wurzeln im öffentlichen Bewusstsein, wenn auch der erste Versuch noch zwei Jahre auf sich warten liess.

5. Politik und Kultur

Da die Truppenbelegungen und die Abwesenheit vieler Lehrer im Grenzdienst den Schulbetrieb stark beeinträchtigten, beschloss der Erziehungsrat, auf die Abhaltung der öffentlichen Schlussexamen zu verzichten und dafür Schulbesuchstage einzuführen, wo die Eltern dem Ablauf eines normalen Pensums beiwohnen konnten. Diese Notmassnahme wurde dann zur ständigen Einrichtung, da sie sich als pädagogischer Fortschritt bewährte. Obschon die finanzielle Anspannung des Staates den Ausbau der Ausbildung verbot, wurde doch die Verwirklichung eines Postulates ins Auge gefasst, das einem starken Bedürfnis entsprach: die staatsbürgerliche Erziehung in irgend einer Form erschien in der geistigen Verwirrung der Zeit als eine unbedingte Notwendigkeit. In den «Basler Nachrichten» schlug Professor Bächtold vor, auf ein neues Schulfach zu verzichten, dafür aber den Ge-

schichtsunterricht unbedingt bis auf die Gegenwart weiterzuführen und die Lehrkräfte durch Vorlesungen und Ferienkurse darauf vorzubereiten. Eine andere Äusserung in der «National-Zeitung» befürwortete obligatorische Kurse für alle Schweizerbürger zwischen 17 und 27 Jahren; die jungen Soldaten sollten sie im Rahmen der Rekrutenschule, die Dienstuntauglichen in Abendstunden absolvieren; dieser Unterricht solle durch dienstfreie und landsturmpflichtige Lehrer erteilt werden.

Von Anfang an hatten die christlichen Kirchen ihre Mitverantwortung an der Erhaltung der moralischen Gesundheit des Volkes anerkannt und betont. So hielten alle Bekenntnisse im Februar einen «Bettag für den Frieden» ab, an dem, wie auch am Eidgenössischen Buss- und Bettag im September, der göttlichen Vorsehung für die Verschonung vom Krieg gedankt wurde. Die reformierte Kirche als die grösste Glaubensgemeinschaft stellte den Ertrag der Sonntagsopfer zahlreichen charitativen Werken zur Verfügung. Von materiellen Sorgen blieb auch sie nicht verschont; obschon das Pfarrkapitel schon seit dem 1. Oktober 1914 freiwillig auf 10% der Besoldungen verzichtete und dank einem hohen Steuerertrag die Rechnung mit einem Vorschlag von über 20000 Franken abschloss, ging sie nun einer Defizitperiode entgegen; denn 1916 hörten die aus der Zeit vor der Trennung vom Staat stammenden Beiträge des Kantons auf, und die Erwerbung von Bauplätzen für neue kirchliche Gebäude liess schon einen ersten Fehlbetrag von fast 100000 Franken errechnen.

Dass eine gewisse seelische Entspannung eingetreten war, zeigte die Wiederabhaltung der traditionellen patriotischen Feste. An der mit lebhaftem Flaggenschmuck abgehaltenen Bundesfeier konzertierte eine Regimentsmusik auf dem Marktplatz, und an verschiedenen andern Orten wickelten die grösseren Vereine ihre Festprogramme ab; die Kader der in der Stadt liegenden Truppen folgten einer Einladung in das Sommerkasino. Einen überraschend grossen Erfolg hatte das St. Jakobsfest, da der schöne Festzug zum Schlachtfeld und das fröhliche Treiben der Menge durch eitel Sonnenschein begünstigt war. Pfarrer Benz als Festredner sprach mit seiner Mahnung zur Gerechtigkeit gegen alle Kriegsopfer allen ernst Gesinnten aus dem Herzen.

Dass die Regierung jegliches Fasnachtstreiben verbot, wurde allgemein verstanden. Nicht so leicht fügten sich jedoch die Freunde unserer volkstümlichsten Lustbarkeit in den Verzicht auf das Trommeln. Deshalb bewilligte die Obrigkeit nach einigem Zögern ein Monstrekonzert in geschlossenem Raum, dessen Ertrag den notleidenden Schweizerfamilien im Ausland zugutkommen sollte. Dagegen wies sie eine Eingabe von 52 Cliquen und Vereinen als unzeitgemäss ab, die ausserdem einen Marsch durch die Inner-

stadt und einen mit einer öffentlichen Kollekte verbundenen abendlichen Zapfenstreich in historischen Kostümen und ohne Masken veranstalten wollten. Das Konzert im Küchlintheater hatte dann freilich einen grossen Erfolg und ergab einen Reinertrag von über 2000 Franken. Weniger rigoros zeigte sich die Regierung gegenüber der Messe, indem sie wieder die Zulassung von Schaubuden gestattete.

Da die Schauspiele im Stadttheater Anklang gefunden hatten, genehmigte der Grosse Rat einen Staatsbeitrag von 50000 Franken für den Winter 1915/16 und die Stundung der Verzinsung und Tilgung der geschuldeten Darlehen. Es wurde eine Bereicherung des Spielplans durch Spieloper und Operette vorgesehen; deshalb wurden die Preise leicht erhöht. Die gleichzeitige Verbesserung der mageren Gagen liess aber ein Defizit von über 43000 Franken voraussehen, so dass der Theaterverein um einen hohen Beitrag angegangen werden musste. Die AMG hatte ihre Saison 1914/15 wieder mit einem Fehlbetrag abschliessen müssen, den sie aus dem Reservefonds deckte; sie erhielt einen Staatszuschuss von monatlich 1000–2000 Franken, damit sie ihren Musikern wieder die Vorkriegslöhne zahlen konnte.

Die Regierung richtete an Carl Spitteler, den sie als Baselbieter als einen halben Landsmann ansprechen durfte, einen herzlichen Glückwunsch zu seinem 70. Geburtstag. Der Gefeierte verdankte dies mit einer feinen Huldigung an den humanistischen Geist unserer Vaterstadt. Das Quodlibet ehrte ihn mit einem Gedenkabend, an dem Robert Faesi den Dichter und Patrioten den Zuhörern nahebrachte. Die Freunde Johann Peter Hebels hatten die Genugtuung, das übliche Mähli im badischen Hausen in bescheidenem Rahmen begehen zu dürfen.

In der Presse wurden bei verschiedenen Gelegenheiten erregte Diskussionen ausgetragen, die zeigten, dass Krieg und Teuerung das rege Interesse weiter Kreise an künstlerischen Fragen nicht zu ersticken vermochten; handelte es sich doch um die Streitfrage, ob und in welchem Ausmass sich die Öffentlichkeit mit den modernen Strömungen in der Malerei auseinanderzusetzen habe. Der Kunstverein und der Heimatschutz empfahlen die Ausführung der von Pellegrini entworfenen Fresken an der Kirche von St. Jakob, während die Gemeinde dies als Profanierung ihrer Gefühle und als Bevormundung empfand. An einer Ausstellung junger welscher Maler, denen die Kunsthalle ihre Pforten öffnete, nahmen manche Mitglieder des Kunstvereins schweren Anstoss, weil einzelne Bilder ihrem Geschmack und Schicklichkeitsgefühl widersprachen. Solch heftiger Zusammenprall gegensätzlicher Anschauungen signalisierte wohl weit mehr als bloss ästhetische Divergenzen; wenn auch noch unklar, fühlten die Anhänger der Moderne, dass der Krieg auch der Vater gewaltiger geistiger Umwälzungen sei, die noch im

Schoss der Zukunft ruhten, und dass selbst eine so traditionsgebundene Stadt wie Basel sich auf die Dauer nicht gegen die Regsamkeit der neuen Kunst hinter liebgewordenen Vorstellungen verschanzen dürfe. Die erläuternden Führungen durch die Ausstellungen, die der aufgeschlossene Konservator Wilhelm Barth veranstaltete, um problematische Werke dem Verständnis näherzubringen, waren erste Spatenstiche auf einem noch lange steinigen Acker.

III. Eidgenössische Aufgaben

1. Eine Auseinandersetzung mit dem Bundesrat

Die früher erwähnte, in militärischem Auftrag erfolgte Tätigkeit der Basler Polizei in der Ajoie erzeugte eine ernste Verstimmung zwischen unserer Regierung und dem Vorsteher des Politischen Departements. Die Akten gewähren einen tiefen Einblick in die divergierenden staatsrechtlichen und politischen Auffassungen sowie in Charakter und Temperament zweier geistig und moralisch hochstehender Persönlichkeiten; sie offenbaren aber auch eine gewisse unlösbare tragische Situation der Behörden bei der Erfüllung ihrer Neutralitätspflichten, zu der sich wohl in keinem andern Kanton eine Analogie finden liesse. Man kann namentlich die vertraulichen Schreiben von Bundesrat Hoffmann, deren wie gestochene Schriftzüge die peinliche Gewissenhaftigkeit dieses Magistraten widerspiegeln, nur mit tiefer Bewegung lesen; aber auch die Briefe und Konzepte von Regierungsrat Miescher, seines Partners in dieser aufschlussreichen Korrespondenz, enthüllen das Bild eines aufrechten Patrioten, der mannhaft und mit gutem Gewissen für die angegriffene Ehre seiner Vaterstadt eintrat.

Der Stein geriet ins Rollen durch ein am 3. Januar im «Petit Parisien» erschienenes Interview Hoffmanns. Nach dem Wortlaut sollte er zwar die Legende von der Teilnahme der deutschen Polizei an der Fremdenüberwachung in Basel energisch bestritten, jedoch als Ergebnis einer unparteiischen Untersuchung zugegeben haben, es habe unserer Polizei anfänglich vielleicht etwas an Takt und Fingerspitzengefühl beim Vorgehen gegen vermeintliche Spione gefehlt; doch würden sich solche aus Übereifer begangene Ungeschicklichkeiten künftig nicht mehr wiederholen. Als die «Basler Nachrichten» diese Vernehmlassung in deutscher Übersetzung publizierten, erkundigte sich Miescher telegraphisch bei Hoffmann über die Authentizität des Textes. Die Antwort lautete, er habe bewusst vereinzelte Missgriffe erwähnt, weil der Ausfrager genau über eine ungenügend motivierte Verhaftung eines vom Französischen Botschafter empfohlenen Pariser Journalisten informiert gewesen